

Wirtschaftsrat der CDU e.V.
Luisenstr. 44, 10117 Berlin
Telefon: 0 30 / 240 87 - 215
E-Mail: info@wirtschaftsrat.de

Leitlinien für eine neue europäische Wirtschaftspolitik

Seit der internationalen Finanzmarkt- und Währungskrise hat sich der Geist Europas dramatisch verändert. Ursprünglich war die Erwartung, dass die Schaffung eines großen gemeinsamen Marktes die Triebfeder für wirtschaftlichen Erfolg und Wohlstandsgewinnen bilden werde. Mittlerweile werden mögliche Wohlstandsgewinne in Europa fast ausschließlich über Transfers angepeilt. Zum 70. Geburtstag der Sozialen Marktwirtschaft sollten wir die europapolitische Warnung von Ludwig Erhard ernst nehmen:

"Wer dieser Harmonisierungstheorie folgt, darf der Frage nicht ausweichen, wer die Opfer bringen und womit die Zeche bezahlt werden soll. In der praktischen Konsequenz muss ein solcher Wahn naturnotwendig zur Begründung sogenannter ‚Töpfchen‘ führen, das heißt von Fonds, aus denen alle diejenigen, die im Nachteil sind oder es zu sein glauben, entweder entschädigt oder künstlich hochgepepelt werden. Das sind aber Prinzipien, die mit einer Marktwirtschaft nicht im Einklang stehen."

Die Befürchtungen Erhards sind mit der deutsch-französischen Erklärung von Meseberg exakt eingetroffen. Die integrationspolitischen Weichen müssen dringend neu gestellt werden. Europa muss sich wieder auf die Elemente besinnen, die es wirtschaftlich stark gemacht haben: Markt, Wettbewerb und Subsidiarität. Das Herz der wirtschaftlichen Integration ist und bleibt der europäische Binnenmarkt. An ihm gilt es weiter zu arbeiten. Gemeinsame Projekte bei der Digitalisierung, der Energiepolitik, in den Bereichen Verteidigung und Raumfahrt sowie Infrastrukturinitiativen können die verschütteten Quellen des wirtschaftlichen Wachstums in Europa wieder freilegen und Europa zu einem Powerhouse machen. Die beste Medizin bleibt ein intensiverer Wettbewerb.

Innovationsfreundlichen europäischen digitalen Binnenmarkt aufsetzen

Die Digitalisierung verändert nicht nur sämtliche Lebensbereiche, die Art wie wir leben und wirtschaften, sondern bietet auch enorme Chancen für Wachstum und Wohlstand. Europa bietet den geeigneten Handlungsrahmen für eine **digitale Ordnungspolitik** um im internationalen Wettbewerb bestehen zu können. Voraussetzung ist, dass ein einheitlicher und sektorenübergreifend **harmonisierter Datenschutzansatz** gefunden wird, der Innovationen mittels weiterhin verfügbarer Daten ermöglicht. Mit EU-Programmen für „trusted platforms“ und interdisziplinären Forschungsclustern kann nicht nur dem Datenschutz Rechnung getragen, sondern auch der **Künstlichen Intelligenz**-Technologie ein entscheidender Schub gegeben werden. Nicht zuletzt ist die EU ein globaler Garant für die **Rechtssicherheit datenverarbeitender Unternehmen** beim grenzüberschreitenden Datentransfer. Dazu zählen zugleich entsprechende Regelungen im Rahmen internationaler Handelsabkommen, wie z.B. das **EU-US Privacy Shield** für einen freien transatlantischen Datentransfer (free flow of data). Auch die Schaffung einheitlicher Standards zu Haftungsfragen und Produktverantwortungen hilft, aus Europa einen weltweit führenden **Anbietermarkt für Cybersicherheitslösungen** zu machen. Im Rahmen eines europäischen digitalen Binnenmarkts wirken einheitliche **Mindeststandards für die IT-Sicherheit** in Unternehmen wie ein Schutzschild gegen globale Cyberbedrohungen.

Europäische Energieunion zum Motor für wirtschaftliches Wachstum machen

Die Energiewende kann nur dann gelingen, wenn die Infrastrukturen an die Bedürfnisse des künftigen Energiesystems angepasst werden. Energie-, Verkehrs- und Telekommunikationsinfrastrukturen sind zunehmend miteinander verbunden. Diese **sektorenübergreifende Integration** gilt es fortzusetzen. Im Hinblick auf das **Entstehen intelligenter Infrastrukturen** der nächsten Generation und eine Optimierung der Nutzung bestehender Infrastrukturen ist es wichtig, **Synergien zwischen Energie-, Verkehrs- und Telekommunikationsinfrastrukturen auf europäischer Ebene** anzustreben. **Innovative Infrastrukturprojekte** sollten auch in der Zeit nach 2020 europäisch vorangetrieben werden. Im Digitalzeitalter ist ein besserer Schutz unserer Energieinfrastrukturen von herausragender Bedeutung. Es gilt jetzt die richtigen **Weichen für Cybersicherheit im Energiebereich** zu stellen. Zwecks Vollendung eines europäisch integrierten und technologieoffenen Binnenmarktes und der **Schaffung einer Energieunion**, die seit Jahren angestrebt wird, fordern wir: den **beschleunigten Ausbau grenzüberschreitender Netze**, die **Harmonisierung der nationalen Fördersysteme** und die **Hebung von Energieeffizienzpotenzialen auf europäischer Ebene**. Entscheidend sind dabei **europaweite und technologie neutrale Ausschreibungen** und die **beschleunigte Marktintegration der Erneuerbaren** in allen Mitgliedstaaten.

Klimaschutz europäisch und wettbewerbsfähig vorantreiben

Der weltweite Klimaschutz und der Umbau des Energiesystems sind in Verbindung mit dem **Erhalt unserer industriellen Basis** eine enorme Herausforderung, die zugleich große Chancen eröffnet. Wir müssen jetzt die Weichen für das Energiesystem von morgen stellen und die Energiewende in **eine industriepolitische Gesamtstrategie für Wachstum und Innovationen** einbetten. Wir brauchen dabei einen **offenen Binnenmarkt für Energie in Europa** und ein **marktwirtschaftliches, mindestens europäisches Preissignal für CO₂ in allen Sektoren**, vorgegeben durch den reformierten EU-Emissionshandel. Deutschland und die EU sollten sich mit Nachdruck dafür einsetzen, **weltweit ein vergleichbares internationales Mengeninstrument wie den ETS zur Reduzierung von CO₂-Emissionen zu etablieren**. Nur auf diesem Wege kann ein **fairer globaler Wettbewerb für die energieintensive Industrie** gewährleistet werden. Solange nicht mindestens ein einheitliches CO₂-Preisniveau auf G20-Ebene besteht, muss für die im internationalen Wettbewerb stehende Industrie jedoch eine Entlastung gewährleistet werden. Überzogene staatliche Eingriffe lehnen wir ab. Stattdessen gilt es, einen **stabilen grenzüberschreitenden Marktrahmen** zu setzen, damit sich die besten und effizientesten Lösungen durchsetzen und **breite Innovationsprozesse zur Digitalisierung von Energie** und der **Kopplung der Sektoren** Strom, Wärme und Mobilität ausgelöst werden. Ideologisch geführte Diskussionen zu einem beschleunigten Ausstieg aus der Kohleverstromung im nationalen Alleingang sind nicht zielführend. **Versorgungssicherheit und Wettbewerbsfähigkeit** sollten dabei **gleichrangig zu nachhaltigem Klimaschutz** behandelt werden und setzen **Technologieoffenheit** und einen **europäischen Ansatz** voraus.

Durchgängige Verkehrsinfrastrukturen schaffen

Einen weiteren Baustein für die Wettbewerbsfähigkeit Europas bildet ein bedarfsgerechtes transeuropäisches Verkehrsnetz – aus Schienenwegen, Straßen, Wasserwegen, Häfen und Flughäfen. **Öffentliche-Private Partnerschaften** bilden auch hier neben der traditionellen Haushaltsfinanzierung eine wichtige Ergänzung moderner Verkehrspolitik. Gleichzeitig gilt es, **Planungs- und Genehmigungsverfahren** effizienter zu gestalten, etwa durch eine EU-weite Harmonisierung des Planungs- und Vergaberechts.

Eine weitere Herausforderung ist es, innovative Antworten auf die sich ändernden Mobilitätsanforderungen zu finden. Mehr noch als in den vergangenen Jahrzehnten muss **Mobilität klimafreundlicher** und **Ressourcen schonender** sein und zugleich die individuellen Bedürfnisse einer immer arbeitsteiligeren Wirtschaft erfüllen. Für die Mobilität von morgen spielen eine Vielzahl technologischer Lösungen eine Rolle: effiziente Verbrennungsmotoren, Elektromobilität, Hybridlösungen, alternative Kraftstoffe. Bei der Forschung und Implementierung neuer Technologien muss EU-weit der Grundsatz der **Technologieoffenheit** und

Wettbewerbsfähigkeit gelten. Auf die Europäische Kommission wird hier eine wichtige koordinierende Funktion zukommen. Innerhalb der EU müssen verbindliche **Standards** für die entsprechenden **Versorgungsinfrastrukturen** geschaffen werden, um grenzüberschreitende Fahrten zu ermöglichen und die Idee einer modernen, klimafreundlichen europäischen Mobilität mit Leben zu füllen.

Für Europa die Deutsch-Französische Zusammenarbeit in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik vorantreiben

Europa muss seine Rolle in der Außen- und Sicherheitspolitik nicht nur neu definieren, sondern dafür auch die notwendigen **militärischen und technologischen Voraussetzungen** schaffen. Ein substanzieller Ausbau europäischer Kooperationen in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik würde nicht nur den Abbau von Überkapazitäten bedeuten, sondern zudem die Interoperabilität und militärische Effektivität der verbündeten Streitkräfte fördern und ausbauen. Im Fokus stehen dabei die **deutsch-französischen Rüstungsprojekte**, deren Realisierung die strategische Handlungsfähigkeit und **Autonomie Europas** in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik maßgeblich festigen würden. Nach den Beschlüssen der Deutsch-Französischen Ministerrats-Treffen vom 13. Juli 2017 und 19. Juni 2018, die Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern in der Verteidigung anhand von maßgeblichen Rüstungsprojekten (i.B. MGCS und FCAS) zu vertiefen, muss nun zügig die praktische Konsequenz erfolgen. Nur durch **verlässliche politische Rahmenbedingungen** und einer konkreten Festlegung der Zuständigkeiten entsprechend der industriellen Verfügbarkeit, lassen sich die Grundlagen für eine wirklich **integrierte verteidigungsindustrielle Struktur** in Europa legen. Dies bezieht sich vor allem auch auf die Beständigkeit und Berechenbarkeit im Export. Vor diesem Hintergrund sollten neue Abkommen zur **Regelung des Exports** von gemeinschaftlich entwickelten Produkten insbesondere im Rahmen bi- und multinationaler Kooperationsprojekte verhandelt und unterzeichnet werden. Darüber hinaus sollte die Ausgestaltung des Europäischen Verteidigungsfonds (EDF) und sein Industrieprogramm (EDIDP), dessen Ziel die Förderung und Entwicklung von europäischen Rüstungsprojekten ist, auf Basis klarer **marktwirtschaftlicher Prinzipien** sowie in enger Abstimmung mit der Industrie erfolgen.

Luft- und Raumfahrt als strategische Industrie und als wichtigen Innovationstreiber in Europa stärken

Europa hat schon mehrfach gezeigt, dass es durch enge Kooperation über nationale Grenzen hinweg erfolgreiche Programme starten kann. In der Luftfahrt standen weitsichtige Politiker an der Wiege des zivilen Airbus-Programmes, das inzwischen seit mehreren Jahrzehnten auf Augenhöhe mit seinem US-Wettbewerber fliegen kann. Die Raumfahrtindustrie steht an der **Spitze der Technologie- und Innovationspyramide** und muss deshalb in den europapolitischen Überlegungen in ihrer Breite berücksichtigt werden. Die Raumfahrt kann zu allen **gesamtgesellschaftlichen Herausforderungen**, mit denen sich Europa derzeit konfrontiert sieht- Klimawandel, die Stärkung der Gemeinsamen Sicherheits- und Außenpolitik, Migration, Digitalisierung und Zugang zu Medien- passende Werkzeuge liefern. Daher ist die **Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Raumfahrtindustrie** umso wichtiger und kann nur über den traditionell starken institutionellen Absatzmarkt gewährleistet werden. Staatliche Raumfahrtanwendungen sind dabei weiterhin Innovationstreiber und stehen einer Kommerzialisierung der Raumfahrt nicht im Weg. Vielmehr müssen die europäischen Regierungen der Industrie zur Seite stehen, um dem wachsenden Druck neuer Akteure, vor allem aus den USA und China entgegen zu stehen. Vom Systemintegrator bis zu den KMUs ist die deutsche Luft- und Raumfahrtindustrie in allen Feldern der Raumfahrt, vom Zugang zum All mit der Ariane-Rakete über wichtige europäische Infrastrukturprogramme wie Galileo und Copernicus bis hin zur Exploration des Weltalls, sowohl astronautisch als auch robotisch, mit wichtigen Arbeitsanteilen vertreten und kann sich auch im internationalen Wettbewerb behaupten. **Luft- und Raumfahrt** sind nicht zuletzt **strategische Fähigkeiten**, deren Erhalt für die **geopolitische Positionierung** Europas auch zukünftig noch an Bedeutung gewinnen wird. Ein wichtiges Feld ist hierbei, auch angesichts der steigenden Anzahl privater Akteure, **der Schutz**

der vorhandenen Raumfahrtinfrastruktur. Die Absicherung des Weltalls, das Aufspüren von Weltraumschrott, das Detektieren von Himmelskörpern (Asteroiden, Near Earth Objects) und dadurch auch der Schutz der Erde (**Space Situational Awareness, SSA**) sind eines der wichtigsten Zukunftsthemen, die prädestiniert dafür sind, von einem **deutsch-französischen Motor in Europa** angestoßen zu werden. Dies umfasst auch die gemeinsamen Anstrengungen beider Länder im Bereich der Künstlichen Intelligenz, die sich mit den Anforderungen von SSA ergänzen.

Berlin, im Juli 2018